

WOLFRAM ADOLPHI

Kommunikationsstörung. PDS am Jahreswechsel

Es ist schwer, Erfolg zu haben. – Unter DDR-Außenhändlern im kapitalistischen Ausland gab es für den besonderen Erfolgsfall das geflügelte Wort »Der Kunde droht mit Kauf«. In Japan zum Beispiel war es Anfang der achtziger Jahre im Schwange, als ein Thüringer Betrieb hochleistungsfähige Halogenscheinwerfer auf den Markt brachte. Die fanden, noch ehe man sich auf den sonst üblichen langen Weg der Kundengewinnung und dann meist kleinteilige Vertragsabschlüsse gemacht hatte, plötzlich das lebhafteste Interesse eines der weltgrößten Autohersteller. Riesiger Jubel – und zugleich die Angst: Wer um alles in der Welt sollte denn die nun geforderten Millionen-Stückzahlen produzieren? Die »Erlösung« kam, weil die japanische Seite schnell von selbst erkannte: Das Angebot war erstklassig, für einen soliden Vertrag aber fehlten eine Menge Voraussetzungen.

Seit die Erfolgsmacht des 27. September 1998 mit dem zum Wiedereinzug der PDS in den Bundestag und zur SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern führenden Wahlergebnis vorüber ist, erinnern mich etliche PDS-Politikerinnen und -politiker sehr lebendig an jene erfolgsver zweifelten Außenhändler. Mit viel Energie hatte sich die PDS auf der Basis beachtlicher Leistungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene in die Wahlkämpfe gestürzt – und siehe, das Angebot war so gut, daß »der Kunde« mit Kauf nicht nur drohte, sondern ihn sogar realisierte. Und nun spüren sie in der PDS allenthalben, daß ein dauerhafter »Verkaufs«-Erfolg trotzdem nicht gesichert ist. Ein Ausstieg aber, wie er den Außenhändlern als »Erlösung« zur Verfügung stand, ist hier keine brauchbare Alternative. Nur eines gilt, will man ernstgenommen bleiben: das Versäumte gründlich nachzuarbeiten.

Indes: Was eigentlich ist das – das Versäumte? Wer beschreibt es, wer setzt die Maßstäbe?

Am 7. November 1998 unternahm die Partei mit einer Bundeskonferenz in Berlin den Versuch einer ersten gemeinsamen Klärung. Parteivorsitzender Lothar Bisky benannte als nächstes politisches Ziel: den Einfluß der PDS im Osten landespolitisch und damit im Bundesrat bundespolitisch in kürzerer Zeit zu erhöhen und so zu neuen Mitte-Links-Mehrheiten zu gelangen. Voraussetzung dafür sei, daß »wir als PDS praktisch etwas durchsetzen können«. Denn nur dann würden sich »relevante Teile der Gesellschaft, wesentliche linke Potentiale auch in der PDS organisieren oder mit ihr zusammenarbeiten.«¹

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist; Mitarbeiter von UTOPIE kreativ.

1 Vgl. Lothar Bisky: Die Chancen für die PDS nach dem 27. September, in: »Disput« 11/98, S. 3-5.

Eine Orientierung rein aufs Praktische? Mitnichten. Bisky zog anspruchsvolle Querverbindungen: Den gewachsenen Anforderungen werde die Partei nur gerecht, wenn sie sich einer personellen, inhaltlichen und strukturellen Neuformierung unterziehe. Diese müsse einhergehen mit entschiedenen Schritten »der inhaltlichen Qualifizierung, des Kompetenzaufbaus, der programmatischen Arbeit, der Ausfüllung von Gestaltungsräumen, auch der Verarbeitung unserer historischen Erfahrungen – achteinhalb Jahre sind wir jetzt politisch aktiv –, auch der selbstkritischen Bilanz seit 1990.« Und ein neues Programm müsse her, denn: »Die Wahl vom 27. September ist eine Zäsur. Unser politisches Handeln bedarf, gerade weil es fortan folgenreicher sein wird, präziserer Maßstäbe und langfristiger Orientierungen. Und es bedarf ausgewogener politischer Urteile über unsere Vergangenheit – der Abstand der Jahre macht es wohl nun auch möglich – und über unsere Zukunft, über das, was machbar, was veränderbar ist in und mit dieser Gesellschaft.«²

2 Ebenda.

So weit, so gut. Aber seltsam: Die Tugend, daß Politikerinnen und Politiker der PDS ihren eigenen Kopf haben und bei politischen Äußerungen sich nicht erst mit langen Zitaten ihrer Übereinstimmung mit den Reden des Vorsitzenden versichern, schlug vor diesem Parteitag besonders heftig in die Untugend der eigenwilligen und eigensinnigen Schnellschüsse um. Das war zwar geeignet, die Partei deutschlandweit im öffentlichen Gespräch zu halten – und das ist, wie wir längst wissen, in der Mediengesellschaft durchaus schon ein »Wert an sich« –, und es ist auch Provokation genug, um wachzuhalten und aufzurütteln. Aber: Es befördert nur bedingt die Nachhaltigkeit und Stetigkeit von Selbstverständnis- und Programmdebatte.

Die Last der Geschichte wird nicht kleiner

Und: Was eigentlich alle in der PDS nicht wollten, geschah. Nicht das »Rostocker Manifest« der Partei vom April 1998 mit dem programmatischen Titel »Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik« wurde nach dem Wahlerfolg zum Gegenstand erhöhten Medieninteresses, auch nicht das Wahlprogramm »Für den politischen Richtungswechsel! Sozial und solidarisch – für eine gerechte Republik!«³, auch nicht der Entwurf des PDS-Europawahlprogramms »Für einen Kurswechsel in Europa. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie«⁴ sondern erneut und wieder der Umgang der PDS mit der Geschichte – und zwar eben nicht, wie es die Bundeskonferenz in Fortsetzung des Herangehens vieler Parteitage wollte, als einer unter vielen Bestandteilen politischen Wirkens insgesamt, sondern als einziger Maßstab für die Beurteilung der PDS schlechthin.

Nur wenig nützt es da, festzustellen, daß solch selektives Herangehen der Medien anderen Parteien nicht widerfährt. Es ist so, und eigentlich müßte man es längst wissen. Aber es scheint zu sehr an Kommunikation zu mangeln zwischen Vorständen und Fraktionen und Basis, als daß damit selbstbewußt und abgeklärt umgegangen werden könnte. Und mit selbstbewußtem und abgeklärtem Umgang meine ich auch: die Fähigkeit zur gründlichen Debatte über Widersprüche und gegensätzliche Auffassungen, zur Anerkennung des Rechts auf Irrtum und Lernprozeß und zur besonnenen Reaktion auf Fehlentscheidungen.

3 Beide Dokumente sind in »Disput« und »Pressedienst der PDS« veröffentlicht. Das »Rostocker Manifest« liegt auch als Broschüre des PDS-Parteivorstandes (Anschrift: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin) vor.

4 »Pressedienst der PDS« Nr. 50/98 v. 11.12.1998.

Mangel an Verständigung, unkritisches Festhalten an erstarrten DDR-Bildern, leichtfertiger Umgang mit Sensibilität verlangenden Beschlüssen – all das charakterisiert den ersten der Schnellschüsse, die das Klima zunächst um die PDS herum und dann in ihr selbst erhitzten. Gemeint ist das Presseinterview der neuen Bundestagsabgeordneten Evelyn Kenzler von Anfang Dezember 1998, bei dem sie im Zusammenhang mit der PDS-Forderung nach Beendigung der Strafverfolgung für hoheitliches Handeln von DDR-Bürgern auch von Haftentschädigung sprach. Der PDS-Parteivorstand wies diese Forderung nach Haftentschädigung als mit der Beschlußlage der Partei nicht übereinstimmend am 7. Dezember zurück, der Vorstand der Bundestagsfraktion erklärte mit Hinweis auf eine Gesetzesinitiative der damaligen PDS-Bundestagsgruppe vom November 1997 und Ankündigung neuer Beratungen im Frühjahr 1999 ähnliches am 8. Dezember, und entschiedene Distanzierung gab es auch seitens verschiedener Landesvorstände.⁵ Von Kommunikationsstörung innerhalb der Partei zu reden ist in diesem Falle aber nicht nur deswegen angebracht, weil Evelyn Kenzler von sich aus nicht die erforderliche Rücksprache suchte, sondern auch deshalb, weil sich sowohl die Reaktion des Parteivorstandes als auch die der Landesvorstände auf die Pressemeldungen von Kenzlers Auftritt bezogen – und nicht auf einen originären Kenzler-Text, den es offensichtlich auch gar nicht gab. Aufregung allenthalben – und es bleibt das unguete Gefühl, daß die erheblichen inhaltlichen Widersprüche, die zwischen den am schnellen und erhitzten Streit Beteiligten bestehen, bis heute nicht gründlich diskutiert sind. Auch nach dem Parteitag noch nicht.

5 Vgl. »Pressedienst der PDS« Nr. 51/98 vom 18.12.1998, S. 4-5.

Befreiende Kraft des Rundumschlags?

Die heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf den Kenzler-Vorstoß und das unübersehbar enge Verknüpftsein der Haftentschädigungs-idee mit unkritischem DDR-Rückblick bestätigten Wahlkampfleiter André Brie wohl nachdrücklich darin, nun – und nicht zum ersten Mal – auch seinerseits die Geschichtsdebatte in den Mittelpunkt aller Diskussion zu stellen.

Daß Brie mit seinen seit Ende 1989 in Büchern, Artikeln und Interviews nachlesbar gemachten diesbezüglichen Überlegungen einen großen Anteil hat an all dem, was mit Erneuerung der PDS bezeichnet wird, steht weithin außer Frage. Daß er dabei nicht selten auf provozierende Weise die Öffentlichkeit sucht, ist spätestens seit dem »Sommergewitter«, das er 1996 mit seinem »Stern«-Interview zum »Ankommen« in der Bundesrepublik Deutschland auslöste, bekannt – und es hat den Debatten in der PDS und um sie herum meistens gut getan.⁶

Was mich diesmal aber heftig zum Widerspruch herausfordert, ist, daß Brie es unternommen hat, drei Dinge, die jeweils für sich genommen ausführlichste Debatte brauchen, zu einem einzigen Paket gebündelt zum Maß aller Dinge zu machen.

Man bedenke doch das Gewicht jedes einzelnen dieser Dinge: Da ist erstens nichts Geringeres als ein Totalitätsvergleich zwischen der DDR und dem faschistischen Deutschland, aus dem die DDR in Brie'scher Lesart »teilweise totalitärer« hervorgeht; da ist zweitens ein Rundumschlag gegen die bisher von der PDS be-

6 Meine Unterstützung der damaligen Brie'schen Positionen und eine Auseinandersetzung mit ihnen ist nachzulesen im Editorial von »UTOPIE kreativ« Heft 71 (September) 1996.

7 Siehe den Artikel »Die PDS ist nicht strategiefähig« in »Berliner Zeitung« vom 2./3.1.1999.

8 Siehe das Interview der »Frankfurter Rundschau« mit André Brie unter der Überschrift »Das ›Wir sind wieder wer‹-Gefühl ist gefährlich« am 16.1.1999.

9 Zu nennen ist z.B. »Plädoyer für André Brie« von Fritz Klein am 27.1.1999 in »Neues Deutschland«; der ungekürzte Text in: Das Blättchen, 1999, Heft 4.

10 Siehe den Beitrag von Hans Modrow und Ralf Hartmann ebenfalls in »Neues Deutschland« vom 27.1.1999.

11 »Frankfurter Rundschau« vom 16.1.1999.

12 »Neues Deutschland« vom 27.1.1999.

triebene Geschichtsdebatte und die Strategiefähigkeit der Partei überhaupt; und da ist drittens die Präsentation all dessen in der Öffentlichkeit so kurz vor dem Parteitag⁷ bzw. überhaupt erst während dessen Beratungen am 16. Januar⁸, daß damit schon vorprogrammiert war, daß eine ernsthafte Debatte seiner Thesen auf dem Parteitag selbst kaum stattfinden konnte.

Der Staub, den Brie mit so viel Vehemenz aufgewirbelt hat, steckt seither denn auch vielen wie ein Klob im Hals. Unterstützende Stimmen sind selten,⁹ einige schon lange bestehende Konfliktlinien sind energisch nachgezogen worden;¹⁰ aber dominant ist erschrockenes Schweigen.

Und auch dieses Schweigen wieder hat mit mehrfacher Kommunikationsstörung zu tun.

Die erste Kommunikationsstörung betrifft den Inhalt der Brie'schen Totalitarismus-Äußerungen. Was sagt Brie in der »Frankfurter Rundschau«? »Wenn man aber im Sinne von Hannah Arendt Totalitarismus als Bewegung sieht, dann muß ich sagen: Die DDR war nicht verbrecherischer als der Nationalsozialismus, ganz und gar nicht. Aber totalitärer waren Sowjetkommunismus und DDR im Anspruch, alles unterzuordnen unter einen gestaltenden gesellschaftlichen Willen. Die Nationalsozialisten hatten ja Zustimmung, die Sowjetunion und in vielen Zügen auch die DDR mußten diese Zustimmung erzwingen. Der politische Anspruch reichte viel stärker bis ins Privatleben. Sie unternahmen den Versuch, die Wirtschaft völlig unterzuordnen, eine internationale Bewegung unterzuordnen, wozu der Nationalsozialismus nie in der Lage war.«¹¹

Ich stimme dem Historiker Fritz Klein zu, wenn er Bries Äußerungen als »Vorschlag« beschreibt, den Totalitarismus-Begriff »zur Charakterisierung wesentlicher Aspekte der jeweiligen Gesellschaft heranzuziehen«, und wenn er in der Summe seiner Positionsnahme für Brie zu dem Schluß kommt: »Es ist ein Verdienst des Genossen Brie, auf solche Zusammenhänge aufmerksam gemacht zu haben.«¹²

Aber ich plädiere zugleich für mehr Sorgfalt und warne vor der verderblichen Kraft von Verkürzungen. Und erinnere daran: Weil den Schöpfern der »Partei neuen Typus« in der DDR das Gebäude Marx'schen, Engelsschen und Leninschen Denkens zu kompliziert war oder sie es, wenn sie seine Kompliziertheit erkannt hatten, als für »die Massen zu hoch« bewerteten, wurden »Kurzfassungen« dieses Gedankengebäudes produziert und als Handlungsleitfaden ausgereicht. Zu den eindrucksvollen Leistungen der in der PDS geleiteten Geschichtsdebatte – und die ist geleistet worden, auch wenn André Brie dies um den Preis welcher Provokanz auch immer zu verkleinern sucht – gehört es, auch diesen Prozeß untersucht und von verschiedener Seite beleuchtet zu haben. Was auch einschloß, die Bedingungen zu beschreiben, unter denen Aufnahmebereitschaft für eben diese Verkürzungen bestand. Wer sich solcher Arbeit aber einmal unterzogen hat – kann der nun neuen Verkürzungen vertrauen?

Denn es sind gewaltige Verkürzungen, mit denen uns André Brie in der Totalitarismus-Frage bisher kommt – und innerhalb dieser Verkürzungen wohl auch Fehlurteile. Denn daß – zum Beispiel – »der politische Anspruch« der DDR-Führung »viel stärker bis

ins Privatleben reichte« als der der Führung des faschistischen Deutschland – das kann wohl so nicht aufrechterhalten werden. Es sei denn, man sieht im absoluten Zwang zum Kriegführen, den das NS-Regime zunächst allen Männern und dann im »Wollt-ih-den-totalen-Krieg«-Geschrei auch allen Frauen und ungezählten Halbwüchsigen auferlegte und den es mit Zehntausenden Todesurteilen gegen diejenigen, die sich diesem Zwang zu verweigern suchten, untermauerte, keinen »politischen Anspruch«. Und weiter: Der Nationalsozialismus sei »nie in der Lage« gewesen, sich »eine internationale Bewegung unterzuordnen«? Schwer, sehr schwer, das zu glauben angesichts eines 1941 von Deutschland fast zur Gänze besetzten Europa, in dem nicht »einfach nur« Krieg geführt, sondern zugleich ein System kompletter politischer Überwachung, Verfolgung und »Gleichschaltung« installiert worden war. Und schon einige Jahre vor all dem: Der »Antikominternpakt« mit Japan vom November 1936 – er war nicht der Beginn einer »internationalen Bewegung«? Mindestens in China, wo man Opfer einer viele Millionen Tote forderten japanischen Aggression wurde, die sich ausdrücklich auf die Grundsätze dieses Paktes und der von ihm begründeten »Bewegung« berief, sieht man das sehr viel anders. Und die Wirtschaft im faschistischen Deutschland – sie war nicht »völlig untergeordnet«? Vielleicht einfach nur deshalb, weil sich entscheidende Teile dieser Wirtschaft dem System rechtzeitig »übergeordnet« hatten? Egal, an welchem der kurzen Sätze man anpackt: Widersprüche, Fragen, Zweifel zuhauf.

Dies feststellend, meine ich nicht, André Brie hätte auf seine provokanten Sätze verzichten sollen. Problematisch aber ist, wie gesagt, die Bündelung mit dem Von-oben-nach-unten-Rundumschlag nach der Art »Seht her, ich habe begriffen, und Ihr seid alle zu dumm.« Es ist schlimm, wenn's dem »Vordenker« plötzlich so sehr an Nachdenklichkeit gebricht.

Denn: Brie war zum Zeitpunkt seiner Äußerungen noch Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, und er ist noch immer Wahlleiter der Partei. Seine Totalitarismus-Überlegungen präsentierte er nicht als Wissenschaftler, der sich als kritische Stimme von außen zu Wort meldet und seinen Leserinnen und Lesern mehr Zeit und Raum läßt, sich in die Beweggründe und Logik seiner Gedankengänge zu vertiefen, sondern als Spitzenpolitiker, der Leitungsverantwortung hat.

Und in dieser Leitungsverantwortung geht es nicht, wie Brie im »Frankfurter-Rundschau«-Interview irrtümlich meint, ums »Mitnehmen« »der Partei« oder »der Basis«. ¹³ Was für ein sonderbarer Avantgardismus eines »schonungslosen« Geschichtsaufarbeiters! Sondern es geht um Kommunikation, Austausch, Debatte und die – zweifellos anstrengende – Verarbeitung auch des Geleisteten.

Denn es ist ja zum Beispiel einfach nicht wahr, daß die PDS nichts zur kritischen und selbstkritischen Geschichtsaufarbeitung tut. Allein die »UTOPIE kreativ« – nicht PDS-Organ, aber bekanntlich von Beginn an der PDS nahestehend – bietet in ihren bisherigen 100 Heften etwa 5000 Druckseiten Befassung mit Kommunismus-, Sozialismus-, Sowjetunion-, Osteuropa- und DDR-Geschichte. Einige hundert dieser Seiten entstanden durch die Dokumentation von PDS-Konferenzen.¹⁴ Der PDS-nahe Berliner Bildungsverein »Helle

13 »Frankfurter Rundschau« vom 16.1.1999.

14 Herausgegriffen aus der Fülle der diesbezüglichen Veröffentlichungen sei hier nur der »UTOPIE kreativ«- Sonderdruck vom Dezember 1997 »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, in dem auf 160 Seiten die Beiträge der unter der gleichen Überschrift stehenden PDS-Konferenz vom 21. Juni 1997 zusammengefaßt sind.

15 Wolfgang Sabath: Festplatte. Die Wochen im Rückstau, in: »UTOPIE kreativ« Heft 99 (Januar 1999), S. 82f.

Panke« veröffentlichte bereits über 50 »Hefte zur DDR-Geschichte«, und auch in Potsdam und Leipzig, Dresden und Rostock, Jena und Magdeburg sind innerhalb und im Umfeld der PDS Publikationen zu solchen Themen entstanden.

Freilich »reicht das nicht«. Aber was reicht denn überhaupt – und wem und wann? Wolfgang Sabath, des unkritischen Umgangs mit DDR-Geschichte absolut unverdächtiger, mit reichlich persönlicher Maßregelungsgeschichte »gesegneter« Journalist, schrieb im Januar in freundlicher Replik auf einen im »Tagesspiegel« veröffentlichten Leserbrief des Historikers Mario Keßler – eines Mannes, der unter den heute 40- bis 50jährigen zu den herausragenden Mitgestaltern und -organisatoren der Geschichtsdebatte zählt: »Bisher konnten Keßler und die vielen anderen noch so viele Bände voller »DDR-Aufarbeitungen« veröffentlichen, sie wurden außerhalb ihrer Reihen kaum zur Kenntnis genommen. Denn nur so funktioniert weiterhin das Kriegsgeschrei, die PDS solle endlich beginnen, die SED-Vergangenheit aufzuarbeiten.«¹⁵

Freilich stimmt trotzdem und auch: Innerhalb der PDS sind die 5000 Geschichtsseiten der »UTOPIE« und die vielen Broschüren der Bildungsvereine zum Thema nur von wenigen gelesen worden. Und es stimmt auch: Viele Bildungsveranstaltungen der PDS oder der ihr nahestehenden Vereine sind zu schwach besucht.

Und auch das ist wahr: Der Mangel an gründlicher Befassung mit Geschichte führt immer wieder zu Äußerungen und Positionsnahmen von PDS-Politikerinnen und -Politikern auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, die Ausdruck dessen sind, daß Geschichtsbilder unverrückt und starr bleiben. Der Kenzler-Vorstoß war ein eindrucksvolles Indiz für solcherart Unbeweglichkeit.

Aber ist all dem tatsächlich mit Pauschalurteilen beizukommen?

Die Chimäre »Erscheinungsbild«

Ich sehe in dem Bestreben von André Brie, so schnell wie möglich Akzeptanz in einer Medienöffentlichkeit zu finden, von der er genau weiß, daß sie der PDS im ganzen alles andere als freundlich gesonnen ist, viel Produktives, aber auch eine große Gefahr. Denn es führt, auch wenn es unter der Flagge des Kampfes gegen die – übrigens oft nur vermeintliche – Einseitigkeit innerparteilicher Sichten, gegen »Heimatgefühl« und »Harmoniesucht« geschieht, allzu schnell nur zu neuen Einseitigkeiten.

Ist das »Erscheinungsbild« der Partei tatsächlich nur jenes, das uns die Medienmehrheit vermittelt?

In einer anderen der erhitzten PDS-Debatten des Januar 1999 – der um die Rosa-Luxemburg-Statue von Rolf Biebl im Eingang des Karl-Liebnecht-Hauses – schrieb der in der DDR alles andere als mitgelaufene Berliner Maler und Grafiker Thomas J. Richter in einem Offenen Brief an den von der PDS nominierten parteilosen Baustadtrat von Berlin-Mitte, Thomas Flierl, unter anderem folgenden bedenkenswerten Satz: »Ausgerechnet den Moment, in dem die PDS meines Wissens wohl erstmalig anhand eines konkreten sinnlich erlebbaren Kunstwerkes überhaupt mit bildender Kunst in Verbindung gebracht werden kann, nutzt Du zu polemischen Höhenflügen, übst Dich in diesem gnadenlosen, irgendwie

unmenschlichen Politik- und Demokratieverständnis, das so viele resignieren läßt.«¹⁶

Es ist hier nicht der Platz, in die Denkmalsdebatte einzugreifen. Aber: dieses Unbehagen über »ein Politik- und Demokratieverständnis, das so viele resignieren läßt«! Auch ich kenne viele in meiner Generation, die, seit nunmehr neun Jahren außerhalb aller professionellen Parteistrukturen ihrem Gelderwerb nachgehend und dennoch in all ihren Idealen und Hoffnungen der PDS verbunden, keinen Zugang mehr finden zu den Debatten in der Partei und sich abgestoßen fühlen von Rundumschlägen wie den Brie'schen, in denen sie ihre eigenen Lebensbedingungen nicht mehr widergespiegelt finden. Haben PDS-Vorstand und -Fraktionen in ihren »Erscheinungsbild«-Debatten auch diese Bevölkerungsgruppe im Blick? Menschen, deren Standpunkt wesentlich auch deshalb so wenig öffentlich bekannt ist, weil ihnen erstens alle Zeit fehlt, sich nachlesbar zu Wort zu melden, und weil ihnen allzuoft zusätzlich auch noch innerbetriebliche Hürden für solche Wortmeldung gesetzt sind. Gewiß, man kann nicht aufrechnen, wen man mit welcher öffentlichen Debatte gerade gewinnt oder abstößt. Aber die Vielfalt von Öffentlichkeit im Blick haben sollte man schon – selbstbewußt und nicht nur der eigenen, sondern auch der vielfarbigen Kraft der Partei insgesamt vertrauend.

Nur ein Teil des Lernens passiert im Wort

»Ich weiß natürlich auch, wie weh ich vielen in der PDS tue«, kokettiert André Brie am Ende seines »Frankfurter-Rundschau«-Interviews, und dann kommen ein paar Sätze, die mich in meiner Auffassung bestärken, daß sich der Blick Bries auf die Partei in den letzten Jahren bedenklich verengt hat: »Die PDS hat jetzt vier Jahre geschenkt bekommen, in denen sich entscheiden wird, ob sie die Chance hat, eine Partei links von der SPD und trotzdem zusammenarbeitsfähig zu werden, ein Bestandteil einer Mittel-links-Konstellation. Wenn diese Verantwortung nicht wahrgenommen wird, werden neun Jahre PDS-Entwicklung, die viel gebracht, aber auch vieles ungelöst gelassen haben, in Frage gestellt mit all dem, was wir den Menschen abgefordert haben.«¹⁷

Wer – erstens – hat der PDS vier Jahre »geschenkt«? Und wer – zweitens – sind »Wir«, die »wir« »den Menschen« »all das« »abgefordert« haben? Nein, ich irre mich wohl nicht: In diesen Äußerungen schlummert Avantgardismus reinsten Wassers.

Denn nur ein Teil der Erneuerung der Partei vollzieht sich im in dieser oder jener Form zu Papier gebrachten Satz, im Wort, im aufgeschriebenen Nachdenken, im wohlformulierten Bekenntnis. Und wenn selbst schon die Fülle dieses aus der PDS und ihrem Umfeld stammenden Gedruckten von keinem Vorstand mehr auch nur annähernd überschaut, geschweige denn »eingeschätzt« werden kann – um ein wie Vielfaches größer noch ist die Zahl jener nicht ausdrücklich mit Umdenk-Bekenntnis versehenen und dennoch Umdenken und Nachdenklichkeit repräsentierenden Taten und Aktionen, die den Ruf der PDS so gestärkt haben, daß sie im Bundestag und in den Länder- und Kommunalparlamenten dort angekommen ist, wo wir sie heute finden.

16 »junge Welt« vom 13.1.1999. – Zu den Ansichten Thomas J. Richters zur Entwicklung der Gesellschaft vgl. u.a. das Interview »... Erotik findet links statt«, das Stefan Amzoll für »UTOPIE kreativ« mit ihm führte und das in Heft 97/98 (November/Dezember) 1998 S. 53-73 abgedruckt ist.

17 »Frankfurter Rundschau«, a.a.O.

Diese enorme Fülle von individuellen und kollektiven Leistungen haben irgendwelche »Wir« »den Menschen« »abgefordert«? Und weil nach dem »geschenkten« Wahlerfolg nun alle allmählich einschlummern, müssen »Wir« sie wieder einmal so richtig provozieren?

O doch, ich bin fürs immer wiederholte Aufrütteln! Ganz in »eigener« Sache! Parteitag um Parteitag führe ich, weil wir als »UTOPIE-kreativ«-Redakteure nichts sehnlicher wollen als die nachhaltige Beförderung von Kommunikation, Dutzende Gespräche mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politikern der PDS mit dem Ziel, sie oder – wenn es dazu eine Möglichkeit gibt – ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Beiträge zur »UTOPIE kreativ« zu gewinnen. Denn auch das ist ja ein Teil einer weitergehenden Kommunikationsstörung: Daß so vieles Tun für andere überhaupt nicht nachvollziehbar wird. Da gibt es also ein »Magdeburger Modell«, und noch immer hat sich in unserer Zeitschrift kein Repräsentant oder intensiver Beobachter dieses »Modells« mit einem längeren Aufsatz etwa zu dessen Mechanismen, Spannungsfeldern und Belastungsgrenzen zu Wort gemeldet. Auch von Debatten zwischen demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten zur gemeinsamen Befassung mit der Geschichte konnte man bisher in »UTOPIE kreativ« nichts lesen. Und nicht besser ist die Situation bezüglich der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern.

Es fällt der übergroßen Mehrheit der Politikerinnen und Politiker der PDS offensichtlich sehr schwer, Zeit zu finden zu schriftlicher Reflexion und wissenschaftlich begründeter Einbettung und Begründung ihres Handelns. Das ist schade – aber sind sie damit so allein? Gelingt es anderen, besser zu sein?

(Ich weiß, Redaktionskollege Jörn Schüttrumpf wird bei dieser Frage die Nase rümpfen. Er hat erst kürzlich in der »UTOPIE kreativ« formuliert: »Wenn Linke versagen, suchen sie die Schuld immer bei anderen. Und sofort höre ich den – ebenso beliebten wie beliebigen – Einwand, daß das bei anderen auch nicht anders sei. ... Wenn die Linke genau so sein will, wie alle anderen, sich an den gleichen Maßstäben messen möchte, wie alle anderen, stellt sich die Frage, wozu man sie braucht.«¹⁸ – Solche Haltung birgt freilich immer auch einen Keim von Hochmut in sich. Von Heiner Müller gibt es den Satz: »Ich bereue grundsätzlich nichts. Das ist eine völlig unproduktive Haltung. Ich habe auch gar kein Recht, rein zu sein in einer schmutzigen Welt.«¹⁹)

Muß ich nicht irgendwann einmal auch die Frage nach der Strategiefähigkeit der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen dürfen? Und nach der zunächst jeweils einzelnen und vielleicht irgendwann einmal auch gemeinsamen Geschichtsdebatte?

Das Demokratische der Nachlesbarkeit

Zurück zu den Schnellschüssen. Den dritten im Parteitagsvorfeld präsentierten die neun PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Bläss, Petra Pau, Ulla Lötzer, Angela Marquardt, Ruth Fuchs, Christine Ostrowski, Carsten Hübner, Uwe Jens Rössel und Gerhard Jüttemann am 8. Januar 1999 mit ihrer Persönlichen Erklärung zur Entscheidung, dem ehemaligen DDR-Agenten Rainer Rupp einen

18 »UTOPIE kreativ« Heft 99 (Januar 1999), Editorial.

19 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 8. Januar 1999.

Honorarvertrag der Bundestagsfraktion anzubieten. Ein solcher Honorarvertrag – von dem Rainer Rupp, wie Ende Januar bekannt wurde, unter dem großen öffentlichen Druck seinerseits Abstand nahm – sende, so erklärten die Neun, »ebenso wie die von ... Evelyn Kenzler angestoßene Debatte um Rehabilitierung und Haftentschädigung für verurteilte DDR-Offizielle das Signal an die Öffentlichkeit aus, daß die PDS unter ihren eigenen Anspruch auf Vergangenheitsbewältigung einen Schlußstrich ziehen will.«²⁰ Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi distanzierte sich sofort von dieser Erklärung, lehnte eine »Gleichsetzung der Amnestiedebatte und des Honorarvertrages« ab, forderte mit Blick auf die Amnestiedebatte, nicht »hinter die Forderungen des Wahlprogramms der PDS zurück(zu)gehen«, wies zurück, daß der Honorarvertrag einer »Schlußstrich-Mentalität« entspreche, und räumte zugleich Kommunikationsprobleme in der Fraktion ein.²¹

Aber nicht darauf will ich hier näher eingehen, sondern auf den Mangel an weitergreifender öffentlicher Kommunikation im Vor- und Umfeld dieser Neuner-Erklärung. Mein Problem mit dieser Erklärung ist, daß ich nur von einer der neun Abgeordneten eigene längere Auseinandersetzungen mit der Geschichte kenne – von Christine Ostrowski. Von den anderen sind mir – sollte ich mich irren, bitte ich um Vergebung und heftigen Widerspruch – Arbeiten im Sinne der von ihnen beschriebenen »ernsthafte Bemühungen innerhalb der PDS, sich mit der DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich der moralischen und politischen Verantwortung für Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen in der DDR zu stellen«, die durch den Honorarvertrag angeblich »konterkariert« würden, nicht bekannt. Bekannt sind mir von ihnen politische Aktionen, Erklärungen, parlamentarische Aktivitäten. Aber woher die Selbstsicherheit, daß diese ausreichen könnten für die Öffentlichkeit als Beweis dafür, daß sie – die Neun – sich auf dem richtigen Weg befinden, die von ihnen Kritisierten hingegen nicht?

Die »Persönliche Erklärung« gehört in die Reihe jener in der PDS schon reichlich existierenden Texte, die von der Illusion getragen sind, den Eindruck, »die PDS sei eine rückwärtsgewandte Kraft«²², vermittelt immer nur die jeweils anderen. Das aber stimmt natürlich nicht. Trüge man zur allgemein geforderten gründlicheren Befassung mit der Geschichte durch ganz und gar selbstkritische Beschreibung des eigenen Weges und der Institutionen, mit denen man zu tun hatte, bei, wüchse erheblich auch die Einsicht dahinein, daß es ein Ende dieser Debatten niemals geben wird – und also auch »Befreiungsschläge« auf dem Rücken anderer kaum helfen werden.

Womit ich beim Fazit meiner Nachbetrachtung bin: einer – erneuten! – entschiedenen Werbung dafür, den öffentlichen Diskurs über das Woher und Wohin der PDS nicht kampagnenhaft in verkürzende Provokationen zu kleiden, sondern ihm stetige und vielfarbige Nachlesbarkeit zu verleihen. Das erfordert Schreibe- und Lesefleiß. Aber es macht die Debatte gründlicher, öffentlicher, kulturvoller, und vielleicht gibt es dann auch irgendwann einmal weniger von jener gegenseitig verletzenden »Schonungslosigkeit«, die immer wieder von neuem Konjunktur hat? Und Parteitage laden wirklich wieder zum offenen, auch heiteren und lebendigen Gespräch?

20 MdB-Pressedienst PDS im Bundestag, 8.1.1999, Nr. 0187, Amnestiedebatte.

21 Pressedienst PDS im Bundestag, 8.1.1999, Nr. 0190, Amnestiedebatte/ Auslandsespionage.

22 Originaltext Erklärung, a.a.O.